

Taunus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz + Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertsheim, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Ercheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M. monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 11 mm breite Zeitzeile 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Zeitzeile im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Abrechnungsweg und Angebotsdauer 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen ununterbrochener Anzeigen in

Mittwoch
4
Dezember

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachsch. Jede Nachschreibung wird hinfällig bei gerichtlicher Beilegung der Angelegenheiten. — Einfache Beilagen: Tausend 9.50 Mark. Anzeigen-Ausnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 5 1/2 Uhr vormittags an den Erscheinungsort in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 190 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Dr. Albrecht, Königstein im Taunus.
Postfach 1010; Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Ein Ultimatum Fochs.

Das bekannte Verlangen der Franzosen nach Auslieferung sämtlicher stärksten und besten Lokomotiven hat zu einer akuten Zuspitzung geführt. Am Sonntag ließ Generalissimo Foch der deutschen Waffenstillstandskommission ein Ultimatum mit 24 stündiger Befristung überreichen, in welchem die französische Forderung erneut aufgestellt wird. Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, hat sofort nachdrücklich Einspruch erhoben und erklärt, die Erfüllung der Forderung wäre selbst dann unmöglich, wenn man das ganze deutsche Wirtschaftsleben zum Herausuchen der stärksten und besten Lokomotiven in Unordnung brächte. Er hat den Vermittlungsvorschlag gemacht, daß Deutschland alle gegenwärtig in Reparatur befindlichen Lokomotiven nach Fertigstellung abliefern werde. Als Beginn der Auslieferung ist der 1. Februar 1919 in Vorschlag gebracht. Der Vermittlungsvorschlag ist an die Bedingung geknüpft, daß die Franzosen die in Belgien und Frankreich beschlagnahmten Lokomotiven in Anrechnung bringen und ihre Zahl namhaft machen. Die französischen Forderungen gingen über den Sinn und Wortlaut des Waffenstillstandsvertrages weit hinaus da über die Qualität der abzuliefernden Maschinen keine Bestimmung getroffen sei.

Wie der Berliner Vertreter der „Adn. Ztg.“ meldet, hat Foch sein Einverständnis mit den Vorschlägen Erzbergers über die Ablieferung der Lokomotiven erklärt, sodaß das Ultimatum damit erledigt ist.

Dieses Ultimatum, die Einbeziehung von Saarbrücken und Saarbrücken in die von der französischen Okkupation verhängte Grenzsperrung über Elzsaß-Lothringen und ähnliche Symptome werden in verschiedenen Berliner Blättern als Anzeichen von Absichten besprochen, die über die Waffenstillstandsbedingungen hinausgehen und sich nach einem weiteren Einrücken auf deutsches Gebiet deuten lassen.

Im besetzten Gebiet.

Aus Zweibrücken wird berichtet: Nach dem Einrücken französischer Truppenabteilungen, unter denen sich auch Farbige befanden, wurde am Sonntag um 11 Uhr die Stadt unter das französische Oberkommando gestellt. U. a. wurde angeordnet, daß von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens niemand auf der Straße sein darf, daß die Uhren eine Stunde zurückgestellt werden müssen, alle Waffen abzuliefern sind und keine Ansammlungen stattfinden dürfen. Dem Vorsitzenden des Volkstages wurde eröffnet, daß der Rat seine Tätigkeit sofort einzustellen habe. Der Post-, Eisenbahn- und auch ein großer Teil des Fernsprechverkehrs wurde vollständig gesperrt. Am Montag fand der Durchmarsch weiterer umfangreicher Truppenteile statt, die in die Gegend Homburg, Kaiserslautern usw. marschierten.

Aus Speyer wird gemeldet: Französische Besatzungsabteilungen in Stärke von mehreren Hundert Mann sind am Sonntag u. a. in Bergzabern, Randel, Winden und Pforz eingerückt. Der Personenverkehr auf den südpfälzischen Bahnstrecken ist eingestellt, während Güterzüge und Leertzüge noch verkehren dürfen. Wegen der Arbeiterzüge erfolgen noch Bestimmungen.

Im Laufe des Sonntag Vormittag trafen die französischen Besatzungstruppen auch in Landau (Pfalz) ein. Gegen 12 Uhr wurde der gesamte Post-, Telegraphen- und Telefonbetrieb übernommen. Später wurden die bahntechnischen Anlagen besichtigt; nahezu der gesamte Eisenbahnverkehr ist eingestellt. Von mehreren öffentlichen Gebäuden weht die Tricolore.

Das Gouvernement Köln gibt bekannt: Nach Mitteilung der Waffenstillstandskommission verlangt die Entente, daß die letzten deutschen Truppen bereits am 4. Dezember 6 Uhr vormittags den Rhein überschritten haben sollen.

Wie das W. B. erfährt, verläßt am Dienstag Nacht 3 Uhr 30 Minuten das Gros des letzten deutschen Regiments Köln vom Dome aus.

Amerikanische Truppen sind Sonntag Nachmittag in Trier eingerückt. Den Dienst der Bürgerwehr hat die amerikanische Besatzung mit der Polizei übernommen. In einer Verfügung des Oberbürgermeisters im Auftrage der amerikanischen Kommandantur wird bestimmt, daß alle Waffen bis zum 5. Dezember abgegeben sein sollen.

Köln, 3. Dez. Wie die „Adn. Ztg.“ von wohlunterrichteter Seite erfährt, hat der Vorsitzende der französischen Waffenstillstandskommission in einer der letzten Sitzungen eine Note überreicht, in der die Bedürfnisse der Besatzungstruppen für die nächste Zeit angemeldet wurden. Die Engländer verlangen eine vorläufige Kontribution von 40 Millionen Mark. Hieron sind von der Stadt Düren 10 Millionen Mark bis zum 5. Dezember, von der Stadt Köln 30 Millionen Mark bis zum 12. Dezember zu entrichten. Die Amerikaner verlangen einwilligen 54 Millionen Mark. Ort und Zeit der an Amerikaner, Belgier und Franzosen abzuliefernden Beträge werden noch bekannt gegeben.

Groenbroich, 3. Dez. Heute morgen sind zwei belgische Regimenter zur Besetzung hier eingetroffen. Sie werden auf die verschiedenen Ortschaften des Kreises verteilt.

Genf, 3. Dez. In Straßburg schreiten die französischen Behörden in radikaler Weise zur Besitzergreifung der ganzen Verwaltung. Der General Hirschauer, der bisherige Befehlshaber der zweiten französischen Armee ist zum Militärkommandeur ernannt worden. Der Oberkommissar der französischen Zivilverwaltung Maringer hat den Straßburger Gemeinderat aufgelöst und den Industriellen Ulgemach zum Vorsitzenden der Stadtverwaltung ernannt mit Peirotes und Reumreiter als Beisitzer. Der Präsident Poincaré wird sich am 8. Dezember nach Straßburg begeben, wo am 9. Dezember in Anwesenheit Clemenceaus, der Präsidenten des Senates und der Kammer und des diplomatischen Korps feierlich die Besitzergreifung des Landes durch Frankreich vorgenommen werden soll. Von dem neuen französischen Bürgermeister Prevot wird die deutsche Bevölkerung in einem öffentlichen Anschlag zur Ruhe ermahnt unter Hinweis auf die Zuständigkeit der Kriegsgerichte bis zum Abschluß des Friedens. Der Zivilgouverneur Wirman hat die Entfernung aller deutschen Inschriften an öffentlichen Gebäuden und privaten Geschäftshäusern angeordnet und den im öffentlichen Dienst verbliebenen Beamten befohlen, die deutschen Uniformen abzulegen und sich mit einer französischen Kofarbe zu versehen.

Genf, 3. Dez. Der „Petit Parisien“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem neuen Generalinspektor des Unterrichts in Elzsaß-Lothringen, der sich beeilt, der Welt bekannt zu geben, daß sämtliche deutschen Lehrkräfte sowohl an der Universität Straßburg, wie an den Mittels- und Volksschulen des Landes sofort eingestellt werden.

Die Friedenskonferenz.

Eine interalliierte Vorbereitungsbesprechung.

London, 2. Dez. (W. B.) Reuter. In der Downing-Street wurde heute eine Konferenz abgehalten, an der Lloyd George, Balfour, Bonar Law und Generalstabchef Sir Harry Wilson sowie Foch, Clemenceau, Orlando und Sonnino teilnahmen. Die Besprechung heute vormittag befaßte sich mit einer vorläufigen Erörterung über das Datum und das Verfahren der Friedenskonferenz und mit Angelegenheiten, die mit den Einzelheiten für die weitere Ausführung des Waffenstillstandes zusammenhängen. Auch die Frage bezüglich des früheren Kaisers wurde erwähnt. Die Erörterungen dienten natürlich nur zur Vorbereitung der Beschlüsse, die erst nach der Ankunft Wilsons gefaßt werden können.

Haag, 3. Dez. Reuter meldet aus Washington: Wilson erklärte auf dem Kongreß, er hoffe, daß der Friede formell im Frühjahr angekündigt werden könne.

Schadenersatzansprüche der Entente?

Der parlamentarische Mitarbeiter der „Daily News“ erklärte, daß die Alliierten folgende Schadenersatzvorschläge erwägen:

1. Es soll während einer Reihe von Jahren ein Schadenersatz in Geld für sämtliche in Belgien und Frankreich angerichteten Schäden geleistet werden. Die Schäden werden auf 2 bis 2 1/2 Milliarden Pfund Sterling berechnet.

2. Sämtliche verheerten Häuser in den Städten dieses Gebietes müssen durch deutsche Arbeiter neu aufgebaut, die Wege neu angelegt, die Schlachtfelder wiederhergestellt und das benötigte Material durch deutsche Arbeiter für die Alliierten zusammengebracht werden.

3. Es soll ein Schadenersatz geleistet werden für den vernichteten Schiffsraum, und zwar auf Grund eines zwischen den Alliierten und den Zentralmächten abgeschlossenen Uebereinkommens, laut dem die deutschen Schiffe für Rechnung der gesamten Welt fahren und auf deutschen Werften neue Schiffe für die britische oder die anderen Rauffahrtsflotten gebaut werden müssen.

4. Neben dem Schadenersatz für Belgien und Frankreich soll eine weitere Entschädigung für die erlittenen anderen Verluste gezahlt werden.

5. Das gesamte in Deutschland vorhandene Gold wird den Alliierten ausgeliefert.

6. Die deutschen Kohlenbergwerke haben einen Teil der geförderten Kohle abzugeben. Diese Abgabe ist auf eine Reihe von Jahren zu zahlen. Außerdem ist die deutsche Kohlenproduktion unter die Kontrolle der Alliierten zu stellen.

7. Die in Italien, Serbien und Rumänien angerichteten Verheerungen müssen wieder gutgemacht werden.

Die Kriegsschadensentschädigung.

Haag, 3. Dez. Aus London meldet der „Nieuwe Rotterdamse Courant“: „Manchester Guardian“ schreibt: Aus dem, was der Erste Minister und die anderen Minister sagen, läßt sich entnehmen, daß die Regierung nicht die Absicht hat, Deutschland die Kriegskosten der Alliierten zahlen zu lassen. Wenn man die Deutschen die Kosten bezahlen ließe, so würde das bedeuten, daß die Deutschen für eine unbestimmte Zeit die Sklaven der Alliierten würden. Das hätte vor 2000 Jahren geschehen können, heute ist das nicht mehr möglich.

Der Londoner Mitarbeiter des „Manchester Guardian“ glaubt, daß die Friedenskonferenz nicht vor Januar zusammentreten wird, weil man hofft, daß sich die Zustände in Deutschland bis dahin geklärt haben.

Haag, 3. Dez. Aus Brüssel meldet das Holländische Newsbureau: Eine erste Untersuchung des industriellen Zentralkomitees Belgiens hat ergeben, daß der Sachschaden, welcher der belgischen Industrie durch Kriegsschäden, Wegführung von Instrumenten und Material verursacht wurde, einen Wert von 6560 Millionen Franken darstellt.

Die Vorgeschichte des Krieges.

Äußerungen Wilhelm II.

Köln, 2. Dez. Der frühere Berichterstatter der „Adn. nischen Zeitung“, Professor Wegner, hatte am Tage vor der Kieler Revolution eine dreiviertelstündige Unterhaltung mit dem Deutschen Kaiser, in der dieser erklärte, die ganze Politik der letzten Wochen vor dem Kriegsausbruch sei von Bethmann und Jagow allein gemacht worden. „Ich wußte nichts mehr davon. Sie haben mich durchaus gegen meinen Willen nach Norwegen geschickt. Ich wollte die Reise nicht machen, da die Gesamtheit der Lage nach der Ermordung Franz Ferdinands auf der Hand lag. Indessen erklärte der Reichskanzler: „Majestät müssen die Reise antreten, um den Frieden zu bewahren. Wenn Majestät hier bleiben, dann gibt es sicher Krieg, und die Welt wird Eurer Majestät die Schuld daran zuschieben.“ Daraufhin bin ich abgereist und habe während der ganzen Zeit keine Nachrichten mehr über die Vorgänge erhalten. Nur aus den norwegischen Zeitungen erfuhr ich, was in der Welt geschah, so auch von dem Fortgang der russischen Mobilisierungsvorbereitungen. Als ich von dem Auslaufen der englischen Flotte hörte, bin ich auf eigene Faust zurückgekehrt. Beinahe hätten sie mich abgefangen.“ — Mit Bezug auf Rußlands Haltung erklärte der Kaiser: „Gewollt und erzwungen hat den Krieg die russische Kriegspartei am Hofe. Die Vorbereitungen gingen bis ins Frühjahr 1914 zurück. Die sibirischen Regimenter wurden etappenweise nach dem Westen gezogen. In Wilna erhielten sie plötzlich scharfe Patronen, und es wurde ihnen eröffnet, nun gehe es los. Tatsache ist, daß die russischen Truppen schon vor der Kriegserklärung unsere Grenzen überschritten haben.“

Aufhebung der Ausnahmegesetze gegen

die Polen.

Berlin, 2. Dez. (W. B.) Wie wir von zuständiger Stelle hören, steht die Aufhebung aller gegen die Polen gerichteten Ausnahmegesetze unmittelbar bevor.

